

Landtag**21. Wahlperiode****Drucksache 21/1791**

18. Mai 2026

Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND**Psychische Erkrankungen im Zusammenhang mit Cannabiskonsum**

Mit dem Cannabisgesetz (CanG) wurden im Jahr 2024 der Besitz und der private Eigenanbau von Cannabis in begrenzten Mengen legalisiert. Zugleich wurde es Cannabis-Anbauvereinigungen ermöglicht, Cannabis in bestimmten Mengen legal an ihre Mitglieder abzugeben.

Von der Cannabis-Liberalisierung ausgenommen wurde der Konsum durch Minderjährige: Erwerb, Besitz und Konsum bleiben für sie weiterhin illegal. Auch ist der Konsum von Cannabis in sensiblen Bereichen wie in der Nähe von Schulen und Kindertagesstätten weiterhin verboten.

Sachverständige Mediziner kritisierten diese Jugendschutzvorkehrungen bereits im Gesetzgebungsverfahren als unzureichend. So kritisierte die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie die Altersgrenze für den Zugang zu Cannabis mit 18 Jahren als zu niedrig, „da die Gehirnentwicklung in der Regel bis Mitte 20 noch nicht abgeschlossen ist“. [Die Bundesärztekammer warnte](#) vor einer „relevanten Gefährdung der psychischen Gesundheit und der Entwicklungschancen der jungen Generation in Deutschland“.

Im Deutschen Ärzteblatt veröffentlichte Studien sowie regionale Auswertungen aus Deutschland deuten auf einen Anstieg [cannabisassoziierter psychischer Erkrankungen](#) hin. So wurden in einzelnen Regionen steigende Fallzahlen cannabisinduzierter Psychosen sowie erhöhte Hospitalisierungsraten berichtet.

Vor diesem Hintergrund stellt sich insbesondere die Frage, wie sich die Entwicklung im Land Bremen darstellt und ob sich seit Inkrafttreten des Cannabisgesetzes im April 2024 Veränderungen bei cannabisassozierten [psychischen Erkrankungen erkennen](#) lassen.

Beschlussempfehlung:

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat zur Entwicklung diagnostizierter psychischer Erkrankungen im Zusammenhang mit Cannabiskonsum vor, insbesondere zu ICD-10

F12 insgesamt sowie F12.5 in den Jahren 2020 bis 2025? Bitte nach Jahren sowie getrennt für Bremen und Bremerhaven darstellen.

2. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat zur Entwicklung diagnostizierter psychischer Erkrankungen im Zusammenhang mit Cannabiskonsum nach Altersgruppen vor (insbesondere Minderjährige sowie 18- bis 25-Jährige), insbesondere zu ICD-10 F12 insgesamt sowie F12.5 in den Jahren 2020 bis 2025? Bitte nach Jahren sowie getrennt für Bremen und Bremerhaven darstellen.
3. Welche stationären Fallzahlen (Haupt- und Nebendiagnosen) mit F12.* sowie gesondert F12.5 wurden in den Jahren 2020 bis 2025 im Land Bremen erfasst? Bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, Bremen und Bremerhaven sowie unter Angabe der durchschnittlichen Verweildauer darstellen.
4. Welche stationären Fallzahlen nach Altersgruppen (insbesondere Minderjährige sowie 18- bis 25-Jährige) mit F12.* sowie gesondert F12.5 wurden in den Jahren 2020 bis 2025 im Land Bremen erfasst? Bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, Bremen und Bremerhaven sowie unter Angabe der durchschnittlichen Verweildauer darstellen.
5. Welche Informationen liegen dem Senat zu Inanspruchnahmen von Notaufnahmen, kinder- und jugendpsychiatrischen Akutaufnahmen sowie anderen Krisendiensten mit Bezug zu Cannabiskonsum für die Jahre 2020 bis 2025 vor, und wie haben sich diese Indikatoren insbesondere seit Inkrafttreten des Cannabisgesetzes im April 2024 entwickelt? Bitte nach Jahren sowie getrennt für Bremen und Bremerhaven darstellen.
6. Welche Veränderungen bei cannabisassoziierten psychischen Erkrankungen, insbesondere bei Psychosen (F12.5), stellt der Senat seit Inkrafttreten des Cannabisgesetzes im April 2024 fest, und wie bewertet er einen möglichen Zusammenhang mit der geänderten Rechtslage?

7. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat zur Entwicklung des Schweregrades cannabisassoziierter Erkrankungen vor (z. B. Anteil stationärer Behandlungen, wiederholte Aufnahmen oder Hinweise auf Chronifizierungen)?

8. Falls keine oder nur eingeschränkte Daten vorliegen: Warum liegen dem Senat keine umfassenden, nach Altersgruppen differenzierten Daten zu cannabisassozierten psychischen Erkrankungen vor, und welche Maßnahmen plant der Senat, um eine entsprechende Datengrundlage künftig zu schaffen?

Jan Timke und Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND

Anlage(n):

- keine